

Stancke  
Kartellrecht



# Kartellrecht

## mit Vergaberecht und Beihilfenrecht

Lehrbuch für Studium und Praxis

Begründet und bis zur 3. Auflage mitbearbeitet von

**Dr. Hermann-Josef Bunte**

em. o. Professor an der Universität der Bundeswehr Hamburg,  
Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht a.D.,  
Rechtsanwalt in Bielefeld

Bearbeitet von

**Dr. Fabian Stancke**

o. Professor an der Brunswick European Law School

5., neu bearbeitete Auflage  
2026



Zitervorschlag:  
Stancke KartellR § 10 Rn. 1

**beck.de**

ISBN 978 3 406 83727 2

© 2026 Verlag C.H. Beck GmbH & Co. KG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck  
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen



chbeck.de/nachhaltig  
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort zur 5. Auflage

Die Voraufgabe zu diesem Handbuch, die erneut eine freundliche Aufnahme gefunden hat, beruhte auf dem Gesetzesstand von 2022. Seitdem haben die Megatrends unserer Zeit, wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung und in jüngster Zeit auch De-Globalisierung, das Bedürfnis nach aktiver Industriepolitik und Krisenbewältigung, auf das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht gewirkt. Diese Trends beeinflussen sowohl die Spruchpraxis der Kartellbehörden als auch jene der europäischen und nationalen Gerichte. Daneben prägen sie Diskussionen um Reformvorhaben. Im Blickpunkt steht hier vor allem eine Einhegung von „Big Tech“ durch den „Digital Markets Act“ sowie die jüngste Reform der europäischen Gruppenfreistellungsverordnungen und Leitlinien der Kommission. Diese sind vor allem wertvoll, weil sie wichtige Hinweise auf die Handhabung konkreter Fallgruppen bieten, zB bei der Gestaltung von Kooperationen. Das deutsche Kartellrecht hat mit der 11. Novelle im Jahr 2023 wieder eine Überarbeitung erfahren. Sie erweitert die Befugnisse des Bundeskartellamts, insbesondere durch die Einführung neuer Eingriffsinstrumente wie jenes des § 32f GWB. Diese Norm ermöglicht es nun, Abhilfemaßnahmen auch ohne festgestellten Kartellrechtsverstoß zu verhängen. Außerdem gab es eine Vereinfachung der Vorteilsabschöpfung und neue Regelungen zur Unterstützung der Durchsetzung des Digital Markets Act in Deutschland. Zudem gibt es mittlerweile Spruchpraxis zu großen Digitalunternehmen nach § 19a GWB und der BGH – sowie der EuGH – haben das Kartellschadensersatzrecht maßgeblich weiterentwickelt.

Dieses Handbuch muss all diesen Neuerungen gerecht werden. Es hat dabei den Anspruch, einen schnellen und dennoch umfassenden Überblick über das aktuelle Kartellrecht zu geben. Das vorliegende Werk ersetzt dabei keinen Kommentar, bemüht sich aber, Antworten auf die für Wissenschaft und Praxis wichtigen Fragen zu geben. Außerdem stellt es die vielfältigen Wechselwirkungen mit anderen Rechtsbereichen und der Ökonomie dar – ganz im Sinne des Charakters des Kartellrechts als hybrides Rechtsgebiet.

Die Neuauflage enthält, wie die Voraufgaben, einen Überblick über das aktuelle Vergaberecht und über das aktuelle Beihilfenrecht. Auch in diesen beiden Bereichen spielen die Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Krisenbewältigung eine zunehmende Bedeutung, während sie wesentliche Säulen des Schutzes effektiven Wettbewerbs in Europa bleiben.

Beibehalten wurde auch in der 5. Auflage, dass am Ende jeden Kapitels Kontrollfragen und Übungsfälle den Stoff greifbar machen und den Leser ermuntern, sein Wissen zu überprüfen.

Geändert hat sich, dass der sehr geschätzte Begründer dieses Werkes, Prof. Dr. Hermann-Josef Bunte, mit dieser Auflage als Mitherausgeber ausgeschieden ist – für die bisherige Zusammenarbeit möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand vom 1. Juli 2025.

Für Anregungen zum Werk bin ich jederzeit dankbar.

Hamburg, im Juni 2025

*Fabian Stancke*

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Internetquellen .....	XXVII
Literaturverzeichnis .....	XXIX

## Teil 1. Wettbewerb und Wettbewerbsschutz

§ 1 Wettbewerb und Recht .....	1
§ 2 Anwendung von deutschem und EU-Kartellrecht .....	58

## Teil 2. Europäisches Kartellrecht

§ 3 Kartellverbot (Art. 101 AEUV) .....	75
§ 4 Das Kartellverbot in der Praxis: Die wichtigsten Fallgruppen und ihre Behandlung .....	155
§ 5 Missbrauchskontrolle (Art. 102 AEUV) .....	217
§ 6 Behörden, Verfahren, Sanktionen und Kartellzivilrecht .....	272
§ 6a Digital Markets Act .....	296
§ 7 Fusionskontrolle .....	306

## Teil 3. Deutsches Kartellrecht

§ 8 Kartellverbot (§§ 1–3 GWB) .....	359
§ 9 Missbrauchskontrolle (§§ 19–21 GWB) .....	391
§ 10 Fusionskontrolle (§§ 35–43 GWB) .....	488
§ 11 Behörden, Institutionen, Sanktionen, Kartellzivilrecht, Compliance und Verfahren .....	564

## Teil 4. Vergaberecht, Beihilfenrecht und Sektoralisierung des Kartellrechts

§ 12 Vergaberecht .....	629
§ 13 Beihilfenrecht .....	658
§ 14 Sektoralisierung des Kartellrechts – Sonderregelungen in anderen Gesetzen .....	678
Sachverzeichnis .....	699



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Internetquellen .....	XXVII
Literaturverzeichnis .....	XXIX

## Teil 1. Wettbewerb und Wettbewerbsschutz

<b>§ 1 Wettbewerb und Recht .....</b>	<b>1</b>
I. Wettbewerbsbegriff und Wettbewerbsfunktionen .....	1
1. Einleitung .....	2
2. Wettbewerbsbegriff .....	6
3. Wettbewerbsziele und -funktionen .....	8
4. Wettbewerbsparameter .....	12
II. Wettbewerbstheorien .....	14
1. Klassische Wettbewerbstheorie .....	15
2. Neoklassische Wettbewerbstheorie .....	15
3. Harvard School .....	16
4. Chicago School .....	16
5. Austrian School .....	17
6. Ordoliberalismus .....	17
7. Monopolkapitalismus .....	18
III. Wettbewerbssichernde Reaktionen des Rechts .....	19
1. Förderung des lautereren Wettbewerbs .....	19
2. Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen .....	20
3. Vergaberecht und Beihilfenrecht .....	22
4. Regulierungsrecht .....	22
IV. Wettbewerbsbeschränkungen .....	24
1. Horizontale wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen .....	24
2. Vertikale wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen .....	27
3. Diagonale Wettbewerbsbeschränkungen .....	29
4. Marktmachtmissbrauch .....	30
5. Unternehmenszusammenschlüsse .....	32
V. Rechtsgrundlagen .....	33
1. Europäische Union .....	34
a) Primäres Unionsrecht: Art. 101 und Art. 102 AEUV .....	36
b) Sekundäres Unionsrecht .....	37
c) „Ausweitung“ des europäischen Kartellrechts durch die Kommission .....	41
aa) Initiativen der Kommission .....	41

bb) Die Beiträge der Mitgliedstaaten .....	42
cc) Gegenläufige Tendenzen .....	42
d) Anwendbarkeit der europäischen Wettbewerbsregeln .....	43
2. Deutschland .....	44
a) Rechtslage vor Einführung des GWB .....	45
b) GWB von 1958 .....	47
c) 1.–6. GWB-Novelle .....	49
d) 7. GWB-Novelle und Novelle 2007; Änderung 2009 .....	51
3. 8. GWB-Novelle von 2013 .....	53
4. 9. GWB-Novelle von 2017 .....	54
5. 10. GWB-Novelle von 2021 .....	54
6. 11. GWB-Novelle von 2023 .....	56
7. Die geplante 12. GWB-Novelle .....	57
<b>§ 2 Anwendung von deutschem und EU-Kartellrecht .....</b>	<b>58</b>
I. Räumlicher Anwendungsbereich des deutschen und des EU-Kartellrechts .....	58
1. Grundsätze .....	58
2. Europäisches Kartellrecht .....	59
3. Deutsches Kartellrecht .....	61
II. Verhältnis von deutschem und EU-Kartellrecht .....	64
1. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels .....	64
2. Anwendungsvorrang .....	67
3. Rechtsnormenkonkurrenz .....	67
a) Wettbewerbsbeschränkende Absprachen .....	67
b) Marktmachtmissbrauch .....	69
4. Anwendung des europäischen und des nationalen Kartellrechts .....	69
a) Anwendung durch die Kommission und europäische Gerichte .....	70
b) Anwendung durch nationale Kartellbehörden und -gerichte .....	70
c) Parallele Verfahren vor nationalen Kartellbehörden und der Kommission .....	71
d) Verfahren vor nationalen Staatsanwaltschaften .....	74

## Teil 2. Europäisches Kartellrecht

<b>§ 3 Kartellverbot (Art. 101 AEUV) .....</b>	<b>75</b>
I. Kartellverbot – Der Tatbestand des Art. 101 Abs. 1 AEUV .....	76
1. Unternehmen und Unternehmensvereinigungen .....	76
a) Grundsätze zum Unternehmensbegriff .....	77
b) Sonderfälle .....	78
aa) Private Haushalte .....	78
bb) Potenzielle Unternehmen .....	79
cc) Unternehmen der öffentlichen Hand .....	80
dd) Freiberufliche Tätigkeit .....	81
ee) Unternehmensvereinigungen .....	82

ff) Bereich der sozialen Sicherung .....	82
gg) Mitgliedstaaten .....	84
2. Verbotene Formen wettbewerbsbeschränkenden Zusammenwirkens .....	85
a) Vereinbarungen .....	87
b) Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen .....	90
c) Abgestimmte Verhaltensweisen .....	91
aa) Abstimmung .....	92
bb) Entsprechendes Marktverhalten .....	95
cc) Beweisfragen .....	96
3. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs .....	97
a) Überblick .....	99
b) Bezweckte oder bewirkte Wettbewerbsbeschränkung .....	99
aa) Ausgangspunkt: Wettbewerbsbeschränkung bei Beschränkung der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit .....	100
bb) Bezwecken und Bewirken der Wettbewerbsbeschränkung ..	101
cc) Horizontale, vertikale und diagonale Wettbewerbsbeschränkungen .....	104
dd) Keine Wettbewerbsbeschränkung mangels wirtschaftlicher Handlungsfreiheit .....	108
ee) Keine Wettbewerbsbeschränkung trotz Beschränkung der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit .....	110
(1) Kartellfreie Kooperationen .....	110
(2) Arbeitsgemeinschaften .....	111
(3) Markterschließung .....	113
(4) Nebenabreden .....	114
(5) Rechtsgüterabwägung .....	117
(6) Rule of Reason? .....	118
c) Spürbarkeit .....	119
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten .....	120
II. Freistellung vom Kartellverbot .....	123
1. Überblick .....	124
2. Freistellung gem. Art. 101 Abs.3 AEUV .....	127
a) Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts ...	128
b) Angemessene Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn .....	130
c) Keine Auferlegung von Beschränkungen, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind .....	131
d) Keine Eröffnung von Möglichkeiten zur Ausschaltung des Wettbewerbs für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren .....	131
3. Freistellung aufgrund einer Gruppenfreistellungsverordnung .....	132
a) Überblick .....	132
b) Die wichtigsten Gruppenfreistellungsverordnungen für vertikale Beschränkungen .....	135

aa) VO (EU) Nr. 720/2022 für vertikale Vereinbarungen . . . . .	135
bb) VO Nr. 461/2010 für vertikale Vereinbarungen im Kraftfahrzeugsektor . . . . .	140
cc) VO Nr. 316/2014 für Technologietransfer-Vereinbarungen ..	143
c) Die wichtigsten Gruppenfreistellungsverordnungen für horizontale Beschränkungen . . . . .	145
aa) VO Nr. 1067/2023 für Spezialisierungsvereinbarungen . . . . .	145
bb) VO Nr. 1066/2023 für Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung . . . . .	147
d) Sonstige Gruppenfreistellungsverordnungen . . . . .	148
<b>§ 4 Das Kartellverbot in der Praxis: Die wichtigsten Fallgruppen und ihre Behandlung . . . . .</b>	<b>155</b>
I. Horizontale Fallgruppen . . . . .	155
1. Preisabstimmungen . . . . .	158
2. Marktaufteilungen . . . . .	161
3. Geschäftsbedingungen / Standardbedingungen . . . . .	161
4. Einkaufsgemeinschaften . . . . .	163
5. Vermarktungsvereinbarungen . . . . .	165
6. Bieterkonsortien . . . . .	166
7. Produktions- und Spezialisierungsvereinbarungen . . . . .	167
8. Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Mobilfunkinfrastrukturen . . . . .	169
9. Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen . . . . .	170
10. Vereinbarungen über Normen . . . . .	171
11. Nachhaltigkeitsvereinbarungen . . . . .	174
12. Gemeinschaftsunternehmen . . . . .	177
13. Zusammenschluss zwischen Wettbewerbern . . . . .	178
14. Marktinformationssysteme/Informationsaustausch . . . . .	178
15. Vergleichsvereinbarungen . . . . .	185
16. Vereinbarungen auf dem Arbeitsmarkt . . . . .	185
II. Vertikale Fallgruppen . . . . .	187
1. Preis- und Konditionenbindungen . . . . .	189
2. Wettbewerbsverbote . . . . .	193
3. Alleinbezug . . . . .	193
4. Markenzwang . . . . .	194
5. Alleinvertrieb . . . . .	195
6. Exportverbote und absoluter Gebietsschutz . . . . .	196
7. Verkaufsverbote und Verwendungsbeschränkungen . . . . .	197
8. Internetvertrieb . . . . .	198
9. Selektiver Vertrieb . . . . .	202
10. Franchising . . . . .	205
11. Zuliefervereinbarungen . . . . .	206
12. Dualer Vertrieb . . . . .	206
13. Produktgruppenmanagement-Vereinbarungen . . . . .	208
14. Kopplungsbindung . . . . .	209

15. Handelsvertreter und Kommissionäre .....	209
16. Gewährleistungsbeschränkungen bei Wartung und Instandsetzung .....	210
<b>§ 5 Missbrauchskontrolle (Art. 102 AEUV) .....</b>	<b>217</b>
I. Marktbeherrschung .....	222
1. Marktabgrenzung .....	223
a) Sachliche Marktabgrenzung .....	224
b) Räumliche Marktabgrenzung .....	228
c) Zeitliche Marktabgrenzung .....	232
2. Marktbeherrschende Stellung .....	232
a) Marktstruktur .....	234
b) Unternehmensstruktur .....	238
c) Marktverhalten des Unternehmens .....	238
d) Kollektive Marktbeherrschung .....	239
3. Beherrschende Stellung auf dem Binnenmarkt oder auf einem wesentlichen Teil desselben .....	240
II. Missbrauch .....	241
1. Regelbeispiele des Missbrauchs (Art. 102 S. 2 lit. a–d AEUV) .....	243
a) Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- und Verkaufspreisen und sonstigen Geschäftsbedingungen (Art. 102 S. 2 lit. a AEUV) .....	244
b) Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher (Art. 102 S. 2 lit. b AEUV) .....	246
c) Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen (Art. 102 S. 2 lit. c AEUV) .....	247
d) Koppelungsgeschäfte (Art. 102 S. 2 lit. d AEUV) .....	248
2. Weitere Missbrauchstatbestände nach Art. 102 S. 1 AEUV .....	249
a) Geschäfts- und Lieferverweigerung .....	249
b) „Essential Facility Doctrine“ .....	251
c) Ausschließlichkeitsbindungen .....	254
d) Selbstbevorzugung .....	255
e) Preis-Kosten-Schere .....	256
f) Lizenzgewährung .....	258
g) Kampfpreisunterbietung .....	260
h) Diskriminierung von Nicht-Handelspartnern .....	262
i) Diskreditierung von Wettbewerbern .....	262
j) Rabatte .....	263
k) Missbräuchliche Zusammenschlüsse .....	264
III. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten .....	265
IV. Rechtsfolgen .....	265
<b>§ 6 Behörden, Verfahren, Sanktionen und Kartellzivilrecht .....</b>	<b>272</b>
I. Behörden .....	272
II. Grundzüge des Verfahrens .....	273

1. Rechtsgrundlagen .....	273
2. Verfahren: Überblick .....	273
III. Ermittlungsbefugnisse .....	276
IV. Sanktionen .....	278
V. Nichtanwendbarkeitsentscheidung/Beratung in neuen und unklaren Fällen .....	287
VI. Zivilrechtliche Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Kartellverbot .	289
1. Nichtigkeit der Vereinbarung (Art. 101 Abs.2 AEUV) .....	289
a) Überblick .....	289
b) Teilnichtigkeit .....	290
c) Ausführungs- und Folgeverträge .....	291
2. Zivilrechtliche Ansprüche .....	292
a) Ansprüche der Beteiligten untereinander .....	292
b) Ansprüche Dritter .....	292
<b>§ 6a Digital Markets Act</b> .....	296
I. Grundlagen des DMA .....	296
II. Adressaten und Anwendungsbereich des DMA .....	297
III. Verpflichtungen von Gatekeepern .....	300
IV. Durchsetzung des DMA .....	303
<b>§ 7 Fusionskontrolle</b> .....	306
I. Begriff und Geschichte .....	307
II. Zusammenschlusstatbestand .....	311
1. Zusammenschluss durch Fusion .....	311
2. Zusammenschluss durch Erwerb der Kontrolle .....	312
3. Gemeinschaftsunternehmen .....	314
III. Unionsweite Bedeutung .....	316
1. Beteiligte Unternehmen .....	316
2. Schwellenwerte .....	317
IV. Fusionskontrollverfahren aufgrund Verweisung .....	319
V. Beurteilung von Zusammenschlüssen .....	321
1. Die relevanten Märkte .....	323
a) Sachlich relevanter Markt .....	324
b) Räumlich relevanter Markt .....	324
2. Marktbeherrschung als Regelbeispiel der erheblichen Behinderung wirksamen Wettbewerbs .....	325
a) Horizontale Zusammenschlüsse .....	325
aa) Einzelmarktbeherrschung .....	325
bb) Kollektive Marktbeherrschung .....	328
b) Vertikale Zusammenschlüsse .....	331
c) Konglomerate Zusammenschlüsse .....	334
3. Unilaterale Effekte im Oligopol .....	339
4. Gemeinschaftsunternehmen .....	340
5. Zulässigkeit trotz marktbeherrschender Stellung: Sanierungsfusionen, Effizienzvorteile und Abwägungsklausel ....	342

a) Sanierungsfusionen („Failing Company Defense“)	342
b) Effizienzvorteile („Efficiency Defense“)	343
c) Abwägungsklausel	345
VI. Verfahren der Europäischen Fusionskontrolle	345
1. Rechtsgrundlagen	345
2. Zuständigkeit und Anmeldung	345
3. Vorprüfverfahren (Phase I)	348
4. Hauptprüfverfahren (Phase II)	351
5. Verpflichtungszusagen	352
6. Verweisungen	353
7. Rechtsmittel	353

### Teil 3. Deutsches Kartellrecht

§ 8 Kartellverbot (§§ 1–3 GWB)	359
I. Begriff und Entwicklung des Kartellverbots	360
II. Kartellverbot – Der Tatbestand des § 1 GWB	361
1. „Europäisierung“ des deutschen Kartellrechts	361
2. Das deutsche Kartellverbot	363
a) Unternehmensbegriff	363
b) Vereinbarungen, Beschlüsse und abgestimmte Verhaltensweisen	367
aa) Vereinbarungen und Beschlüsse	367
bb) Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen	369
c) Verhinderung, Einschränkung und Verfälschung des Wettbewerbs	370
d) Bezwecken oder Bewirken	375
e) Spürbarkeit	376
3. Kartellverbot und Fusionskontrolle (Konzentrationsprivileg)	377
III. Freistellungen vom Kartellverbot (§§ 2, 3 GWB)	378
1. Überblick	378
2. Freistellung nach § 2 Abs. 1 GWB	379
3. Freistellung nach § 2 Abs. 2 GWB iVm einer EU-Gruppenfreistellungsverordnung	380
4. Freistellung nach § 3 GWB für Mittelstandskartelle	381
a) Überblick	381
b) Entwicklung des Freistellungstatbestands für Mittelstandskartelle und wirtschaftliche Bedeutung	382
c) Tatbestandsvoraussetzungen	383
aa) Rationalisierung wirtschaftlicher Vorgänge	383
bb) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen	385
cc) Keine wesentliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs	386

<b>§ 9 Missbrauchskontrolle (§§ 19–21 GWB)</b> .....	391
<b>I. Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen</b>	
( <b>§ 19 GWB</b> ).....	391
1. Überblick.....	392
a) Normzweck.....	392
b) Entwicklung.....	393
c) Systematik der Norm.....	395
d) Verhältnis zu anderen Normen.....	395
2. Marktbeherrschung.....	397
a) Allgemeines.....	397
aa) Bedeutung der gesetzlichen Ausgestaltung des Marktbeherrschungsbegriffs des § 18 GWB.....	397
bb) Marktmachtkonzept.....	397
b) Marktabgrenzung.....	398
aa) Sachlich relevanter Markt.....	399
bb) Räumlich relevanter Markt.....	405
cc) Zeitlich relevanter Markt.....	407
c) Marktbeherrschungstatbestände.....	407
aa) Monopol und Quasi-Monopol (§ 18 Abs. 1 Nr. 1 und 2 GWB).....	408
bb) Überrasgende Marktstellung (§ 18 Abs. 1 Nr. 3 GWB).....	409
(1) Marktanteil.....	410
(2) Finanzkraft.....	411
(3) Digital- und plattformbezogene Kriterien.....	412
(4) Zugang zu den Beschaffungs- oder Absatzmärkten.....	413
(5) Weitere Merkmale.....	413
(6) Gesamtbetrachtung.....	414
cc) Oligopol.....	414
d) Marktbeherrschungsvermutungen (§ 18 Abs. 4, 6 und 7 GWB) ..	416
3. Missbrauchstatbestände.....	417
a) Generalklausel.....	417
b) Behinderungsmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 1 Alt. 1 GWB).....	423
c) Diskriminierung (§ 19 Abs. 2 Nr. 1 Alt. 2 GWB).....	430
d) Ausbeutungsmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 GWB).....	436
e) Strukturmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 3 GWB).....	440
f) Verweigerung des Zugangs (§ 19 Abs. 2 Nr. 4 GWB).....	441
g) Aufforderung oder Veranlassung zur Gewährung von Vorteilen (§ 19 Abs. 2 Nr. 5 GWB).....	446
4. Geltung der Missbrauchstatbestände für Beteiligte freigestellter Vereinbarungen und für Preisbinder.....	447
a) Beteiligte freigestellter Vereinbarungen (§ 19 Abs. 3 S. 1 GWB) ..	448
b) Preisbindende Unternehmen (§ 19 Abs. 3 S. 2 GWB).....	448
5. Rechtsfolgen.....	449
a) Zivilrechtliche Rechtsfolgen.....	449
b) Kartellbehördliche Sanktionen.....	449

II.	Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht (§ 20 GWB) . . . . .	450
1.	Überblick und Entwicklung . . . . .	450
2.	Normadressaten . . . . .	451
3.	Behinderungs-, Diskriminierungs- und Anzapfverbot gem. § 20 Abs. 1, 1a und 2 iVm § 19 Abs. 1 iVm Abs. 2 Nr. 1 und 5 GWB . . . . .	456
4.	Angebot unter Einstandspreis gem. § 20 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 GWB . . . . .	459
5.	Verbot von Untereinstandspreisverkäufen von Lebensmitteln (§ 20 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 und 2 GWB) . . . . .	462
6.	Preis-Kosten-Schere (§ 20 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 GWB) . . . . .	464
7.	Tipping (§ 20 Abs. 3a GWB) . . . . .	464
8.	Aufnahmewang von Wirtschafts- und Berufsvereinigungen sowie Gütezeichengemeinschaften (§ 20 Abs. 5 GWB) . . . . .	465
9.	Preismissbrauch durch Energieversorgungsunternehmen (§ 29 GWB) . . . . .	466
10.	Preismissbrauch durch Wasserversorgungsunternehmen (§ 31 Abs. 3 und 4 und § 31b Abs. 5 GWB) . . . . .	468
11.	Rechtsfolgen . . . . .	469
a)	Kartellbehördliche Sanktionen . . . . .	469
b)	Zivilrechtliche Rechtsfolgen . . . . .	469
III.	Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb (§ 19a GWB) . . . . .	470
1.	Allgemeines . . . . .	470
2.	Voraussetzungen der Feststellungsverfügung . . . . .	472
3.	Untersagungstatbestände . . . . .	474
4.	Rechtsfolgen . . . . .	476
5.	Rechtsschutz . . . . .	477
IV.	Verbot sonstigen wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens (§ 21 GWB) . . . . .	477
1.	Überblick . . . . .	477
2.	Boycottverbot (§ 21 Abs. 1 GWB) . . . . .	478
3.	Verbot einseitiger Einflussnahme (§ 21 Abs. 2 GWB) . . . . .	479
4.	Verbot der Zwangsanwendung (§ 21 Abs. 3 GWB) . . . . .	480
5.	Verbot der Nachteilszufügung (§ 21 Abs. 4 GWB) . . . . .	480
	<b>§ 10 Fusionskontrolle (§§ 35–43 GWB) . . . . .</b>	<b>488</b>
I.	Einführung und Überblick . . . . .	488
1.	Begriff, Geschichte und Entwicklung der Fusionskontrolle . . . . .	488
2.	Zweck der Fusionskontrolle . . . . .	491
II.	Zusammenschlussbegriff (§ 37 GWB) . . . . .	494
1.	Überblick . . . . .	495
2.	Einzelstatbestände . . . . .	496
a)	Vermögenserwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB) . . . . .	496
b)	Kontrollerwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB) . . . . .	498
c)	Anteilerwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB) . . . . .	500
d)	Wettbewerbllich erheblicher Einfluss (§ 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB) . . . . .	502
e)	Gemeinschaftsunternehmen . . . . .	505

3.	Sukzessive oder parallele Erwerbsvorgänge .....	507
4.	Ausnahmen .....	508
a)	Keine wesentliche Verstärkung/Konzerninterne Umstrukturierungen (§ 37 Abs. 2 GWB) .....	508
b)	Bankenklausel (§ 37 Abs. 3 GWB) .....	508
III.	Geltungsbereich der deutschen Fusionskontrolle .....	509
1.	Überblick .....	509
2.	Unternehmen .....	510
3.	Umsatz- und Transaktionswertschwellen .....	510
a)	Beteiligte Unternehmen .....	511
b)	Berechnung der Schwellenwerte und Berechnung des Umsatzes .....	512
4.	Verbundklausel .....	515
5.	Mehrmütterklausel .....	515
6.	Kommunale Gebietsreformen .....	516
7.	Krankenhausfusionen .....	517
8.	Kreditwirtschaftliche Verbundgruppen .....	517
9.	Anmeldeverfügung nach Sektoruntersuchung .....	517
IV.	Materielle Fusionskontrolle (§ 36 GWB) .....	519
1.	Überblick .....	519
2.	Eingreifkriterium: Erhebliche Behinderung des Wettbewerbs .....	521
3.	Regelbeispiel: Marktbeherrschung .....	526
a)	Begriff .....	526
b)	Marktstrukturkriterien .....	527
c)	Marktbeherrschungsvermutungen .....	529
4.	Entstehung oder Verstärkung der Marktbeherrschung .....	530
5.	Kausalität .....	533
6.	Abwägungsklausel .....	533
7.	Privilegierung von Pressezusammenschlüssen .....	535
8.	Bagatellmarktklausel .....	536
9.	Ministererlaubnis .....	538
V.	Verfahren der Fusionskontrolle (§§ 39 ff. GWB) .....	541
1.	Überblick .....	541
2.	Anmeldeverfahren (§§ 39 und 32f GWB) .....	543
a)	Anmeldepflicht .....	543
aa)	Zeitpunkt der Anmeldung .....	543
bb)	Anmeldepflichtige Unternehmen .....	544
b)	Form und Inhalt der Anmeldung .....	544
c)	Verletzung der Anmeldepflicht .....	545
3.	Vollzugsverbot (§ 41 GWB) .....	546
a)	Inhalt .....	546
b)	Sanktionen .....	547
4.	Vorprüfverfahren .....	547
a)	Fristen .....	548
b)	Auflagen und Bedingungen im Vorprüfverfahren? .....	548
c)	Abschluss des Vorprüfverfahrens .....	548
aa)	„Monatsbrief“ .....	548
bb)	Freigabefiktion .....	549

cc) Freigabeentscheid .....	549
5. Hauptprüfverfahren .....	549
a) Untersagung .....	550
b) Freigabe .....	551
c) Bedingungen und Auflagen .....	552
6. Bekanntmachungen .....	553
7. Rechtsmittel .....	554
a) Beschwerde .....	554
b) Sog. „Drittklage“ .....	555

**§ 11 Behörden, Institutionen, Sanktionen, Kartellzivilrecht, Compliance und Verfahren .....** 564

I. Behörden und Institutionen .....	564
1. Kartellbehörden .....	564
a) Bundeskartellamt .....	564
aa) Organisations- und Entscheidungsstruktur .....	564
bb) Zuständigkeit des BKartA .....	565
b) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie .....	566
c) Landeskartellbehörden .....	566
2. Monopolkommission .....	567
3. Sektorspezifische Institutionen .....	568
a) Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, TK, Post und Eisenbahn .....	568
b) Behördenzusammenarbeit .....	569
c) Konzentrationskontrolle privater Fernsehanstalten .....	569
d) Markttransparenzstellen .....	570
II. Sanktionen, zivilrechtliche Rechtsfolgen .....	571
1. Verfahrensrechtliche Grundsätze .....	573
2. Verwaltungsrechtliche Maßnahmen .....	574
3. Bußgeldrechtliche Sanktionen .....	580
4. Zivilrechtliche Rechtsfolgen .....	589
a) Nichtigkeit .....	590
b) Unterlassungsansprüche .....	592
c) Schadensersatzansprüche .....	592
aa) Gerichtliche Zuständigkeit und anwendbares Recht .....	593
bb) Informationserlangung .....	596
cc) Aktiv- und Passivlegitimation .....	598
dd) Haftungsgrund .....	599
ee) Haftungshöhe .....	601
ff) Verjährung .....	605
gg) Verzinsung .....	606
5. Strafrechtliche Sanktionen .....	607
III. Kartellrechts-Compliance .....	607
1. Gründe für die Einführung von Compliance-Maßnahmen .....	608
2. Ausgestaltung von Compliance-Maßnahmen .....	610
3. Konkrete Maßnahmen bei Ermittlung kartellrechtlicher Problemlagen .....	611

IV. Verfahren .....	615
1. Verwaltungsverfahren .....	615
a) Verfahren vor den Kartellbehörden (§§ 54–62 GWB) .....	615
aa) Verfahrenseinleitung .....	616
bb) Ermittlungsbefugnisse .....	616
cc) Verfahrensbeteiligte und Beteiligtenfähigkeit .....	618
dd) Verfahrensabschluss .....	620
b) Rechtsmittelverfahren .....	620
aa) Beschwerde (§§ 73–76 GWB) .....	620
bb) Rechtsbeschwerde (§§ 77–80 GWB) .....	622
2. Bußgeldverfahren .....	623
3. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten .....	625

#### **Teil 4. Vergaberecht, Beihilfenrecht und Sektoralisierung des Kartellrechts**

<b>§ 12 Vergaberecht .....</b>	<b>629</b>
I. Überblick .....	629
1. Wirtschaftliche Bedeutung der Vergabe öffentlicher Aufträge und die Funktion des Vergaberechts .....	629
2. Europarechtliche Vorgaben und Umsetzung in Deutschland .....	631
3. Vergaberechtsreform 2009 .....	632
4. Vergaberechtsreform 2016 .....	633
5. Wettbewerbsregistergesetz 2017 .....	634
6. Geplante Überarbeitungen des Vergaberechts .....	635
7. Die Struktur des Vergaberechts .....	635
II. Anwendungsbereich .....	636
1. Auftraggeber, Konzessionsgeber – persönlicher Anwendungsbereich .....	636
2. Öffentliche Aufträge, Konzessionen – sachlicher Anwendungsbereich .....	637
3. Schwellenwerte .....	638
4. Verdrängung des deutschen Vergabeverfahren durch Gemeinsame Vergabeverfahren .....	640
III. Vergabegrundsätze und Vergabeverfahren .....	641
1. Verfahrensgrundsätze .....	641
a) Wettbewerb und Transparenz (§ 97 Abs. 1 GWB) .....	641
b) Diskriminierungsverbot (§ 97 Abs. 2 GWB) .....	641
c) Qualität, Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte (§ 97 Abs. 3 GWB) .....	642
d) Mittelstandsschutz (§ 97 Abs. 4 GWB) .....	643
e) Eignungskriterien: Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit .....	644
f) Wirtschaftlichkeit .....	647
g) Leistungsbeschreibung .....	647
2. Vergabeverfahren und Vergabearten .....	647

a) Verordnungen über das einzuhaltende Verfahren .....	647
b) Anspruch auf Einhaltung der Vergabevorschriften .....	648
c) Vergabearten .....	648
d) Zuschlag .....	650
e) Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit .....	651
3. Das Nachprüfungsverfahren .....	651
a) Überblick .....	651
b) Nachprüfung durch die Vergabekammern .....	652
c) Beschwerdeverfahren .....	655
d) Schadensersatz bei Rechtsmissbrauch .....	656
4. Korrekturmechanismus der Kommission .....	657
<b>§ 13 Beihilfenrecht .....</b>	<b>658</b>
I. Überblick .....	658
1. Bedeutung des Beihilfenrechts .....	659
2. Rechtsquellen .....	661
3. Anwendungsbereich des Beihilfenrechts .....	662
II. Durchsetzung des Beihilfenrechts .....	663
III. Das materielle Beihilfenrecht .....	666
1. Der Tatbestand des § 107 Abs. 1 AEUV .....	666
2. Ausnahmen vom Beihilfenverbot .....	670
IV. Rechtsschutzmöglichkeiten .....	672
V. Drittstaatensubventionen .....	673
1. Anwendungsbereich .....	674
2. Regelungsgegenstand: Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen auf dem Binnenmarkt .....	674
3. Kontrollinstrumente .....	675
4. Verfahrensrechte .....	676
<b>§ 14 Sektoralisierung des Kartellrechts – Sonderregelungen in anderen Gesetzen .....</b>	<b>678</b>
I. Überblick über die Sonderregelungen .....	678
II. Einzelne kartellrechtliche Sonderregelungen .....	681
1. Telekommunikationsgesetz (TKG) .....	681
2. Postgesetz (PostG) .....	685
3. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) .....	686
4. Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) .....	688
5. Sonstige verkehrsbezogene Gesetze .....	690
6. Landwirtschaft .....	691
7. Medienspezifische Fusionskontrolle .....	692
III. Anwendung der Wettbewerbsvorschriften auf die öffentliche Hand ..	693
1. Anwendung nach nationalem Recht (§ 185 GWB) .....	693
2. Öffentliche und monopolartige Unternehmen nach europäischem Recht (Art. 106 AEUV) .....	695
Sachverzeichnis .....	699